

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Verantwortlicher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Abdruck einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 199

Bad Schandau, Freitag, den 26. August 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Der Generalgouverneur des irischen Freistaates hat auf Anraten des Kabinetts Cosgrave das erst kürzlich gewählte Parlament aufgelöst. Die Ursache dieser plötzlichen Wendung ist der doppelte Wahlsieg der Regierungspartei bei den Nachwahlen in Dublin.

* An maßgebender britischer Stelle wird erklärt, daß die Meldung, wonach Großbritannien und Japan ein Geheimabkommen über die Beschränkung der Flottenrüstung abgeschlossen haben, nicht der Wahrheit entspreche.

* Wie jetzt amtlich mitgeteilt wird, sind bei dem Eisenbahnunglück bei Sevenoaks in England 12 Personen getötet und 24 schwer verletzt worden. Dazu kommen noch 24 Leichtverletzte. Schwer heimgeschickt worden ist eine Familie, von der ein Mitglied getötet und vier andere Mitglieder schwer verletzt wurden.

Frankreichs Ueberfremdung.

Von Dr. Fritz Koepke-Berlin.

In Deutschland ist die Ueberfremdung ein wirtschaftliches Problem, in Frankreich gilt sie als eine Gefahr für Rasse und Kultur. Die Volkszählung im vorigen Jahr hat ergeben, daß der Bevölkerungszuwachs von 1921 bis 1926 nur den Fremdstämmigen zu verdanken ist, die 1921 4 Prozent und 1926 6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Frankreich befindet sich in einer unangenehmen Zwangslage. Der Krieg hat ihm einen Verlust von über zwei Millionen arbeitsfähiger Menschen eingebracht, der durch die geringe Geburtenrate und die Landflucht noch fühlbarer wird. Frankreich braucht und wird noch lange den fremdstämmigen Zustrom brauchen, um seine Industrie in Gang zu halten, seine Kohlen zu fördern und seine Acker nicht brach liegen zu lassen. Ungefähr ein Drittel der Kohlenarbeiter ist polnischer Nationalität; in einigen nordöstlichen Departements haben sich regelrechte polnische Dörfer gebildet, die ihren eigenen Pfarrer, manchmal sogar ihren eigenen polnischen Lehrer haben. In Marseille und einigen südöstlichen Städten gibt es rein italienische Viertel, in den landwirtschaftlichen Gebieten der Gasconne italienische Kolonien, für deren faschistische Gesinnung häufige Besuche des italienischen Konsuls sorgen.

Diese zweieinhalb Millionen Fremdstämmige verjagen also Frankreich mit der notwendigen Arbeitskraft, aber sie bedeuten auch für das Land eine zweifache Gefahr: entweder sie vermischen sich allmählich mit der einheimischen Bevölkerung und bringen einen neuen, von der überlieferten Form verschiedenen Schlag hervor; oder sie schließen sich ab, bleiben ihrem Volkstum treu und bilden eine unerwünschte nationale Minderheit, einen Fremdkörper im französischen Staate. Die zweite Gefahr erscheint den Franzosen weit größer, offenbar wegen der ständigen faschistischen Kontrolle über die Volksgenossen im Ausland und des bewußten italienischen Ausdehnungsdranges. Um dieser Gefahr zu entgehen, gibt es nur ein Mittel: die rasche Auswanderung der Fremdstämmigen.

Seit zwei Jahren beschäftigen sich Kammer und Senat mit der Frage, wie diese Auswanderung durch Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen zu ermöglichen ist. Augenblicklich kann man bereits französischer Bürger werden, wenn man drei Jahre lang das vom Justizminister verliehene Niederlassungsrecht besitzt oder mindestens ein Jahr mit einer Französin verheiratet ist. In anderen Fällen muß für die Naturalisation ein zehnjähriger ununterbrochener Aufenthalt in Frankreich nachgewiesen werden. Diese Bestimmungen sollen in nächster Zeit, wahrscheinlich noch in diesem Jahr, geändert werden. Geplant ist der Fortfall des Niederlassungsrechts und die Naturalisation nach dreijährigem Aufenthalt in Frankreich; Herabsetzung der Altersgrenze für die Einbürgerung von 21 auf 18 Jahre, um jungen Ausländern Gelegenheit zu geben, im französischen Heer zu dienen, ohne zur Fremdenlegion ihre Zuflucht nehmen zu müssen. Ferner soll die französische Frau, die einen Ausländer in Frankreich heiratet, ihre Nationalität behalten, falls sie nicht ausdrücklich die ihres Mannes annimmt. Das bedeutet, daß es dem legitimen Kind einer solchen Mutter nicht wie bisher mehr freistehen wird, die französische Nationalität ein Jahr nach Erlangung der Großjährigkeit abzulehnen; es ist ohne weiteres Franzose. Man strebt vor allem danach, die leicht assimilierbaren Elemente, wie Italiener, Spanier, Belgier, französische Schweizer einbürgernd und hofft, die Zahl der Naturalisationen, die jetzt schon bisweilen wöchentlich die Summe von 1200 erreicht, noch wesentlich zu steigern.

Künftig will man auch die Einwanderung rationalisieren und methodisch überwachen. Ähnlich wie die Vereinigten Staaten will auch Frankreich sich gegen die Einwanderung kranker oder moralisch minderwertiger Elemente schützen.

Die Industrie, in der ja die meisten Ausländer beschäftigt sind, unterstützt manchmal die Absichten der Regierung, um die Bildung von geschlossenen fremden Kolonien zu verhindern. So siebelt z. B. die Gesellschaft der Gruben von Anzin in der Nähe der belgischen Grenze in ihren Arbeiter-

Gartenstädten Polen, Franzosen und Spanier gemischt an, um die Fremden der Beeinflussung durch das französische Element auszusetzen.

Die wirksamste Kulturpropaganda läßt sich natürlich bei den Kindern treiben, deren Sprache und Anschauungen noch nicht endgültig geformt sind. Deshalb bemühen sich amtliche und private Stellen besonders darum, die Kinder der Eingewanderten der französischen Volksgemeinschaft zuzuführen. Seit dem Jahre 1882 besteht auch für sie die Schulpflicht, und so werden anaenblicklich allein in Paris 30 000 kleine Aus-

lander, das sind 10 Prozent aller schulpflichtigen Pariser Kinder, zu französischen Bürgern erzogen. Der Unterricht und der Umgang mit den Klassenkameraden zwingt sie, sich des Französischen zu bedienen und sich ihrer eigentlichen Muttersprache zu entwöhnen.

Mit allen diesen Maßnahmen und Mitteln hofft die französische Regierung der Gefahr der Ueberfremdung zu begegnen, die Bildung geschlossener arischer Gruppen in dem französischen Volkstum zu verhindern und die notwendige Blutzufuhr vorzunehmen, ohne den Organismus zu zerleben.

Jahreskonferenz der Friedensunion

Interparlamentarische Tagung in Paris.

Eine Rede Poincarés.

In Anwesenheit von etwa 400 Parlamentariern aus 35 Staaten ist in Paris die 24. Jahreskonferenz der Interparlamentarischen Friedensunion durch den Vorsitzenden, Baron Adelswaert, eröffnet worden. Die deutsche parlamentarische Delegation umfaßt 37 Mitglieder, unter denen erwähnt seien: Deutschnationale Volkspartei: Dietrich, früherer Vizepräsident des Reichstages, und Leopold; Deutsche Volkspartei: Dr. Schnee, Dr. Mittelmann, Dr. Gildemeister, Frau Mende und Frau Mah; Bayerische Volkspartei: Schwarzer; Wirtschaftliche Vereinigung: Mollath; Zentrum: Pfarrer Alzira, der württembergische Innenminister Volz, Frau Leusch und Frau Philipp; Demokraten: Dr. Dernburg, Prof. Schüding, Prof. Bergstrasser und Brodau; Sozialdemokraten: Reichstagspräsident Löbe, Dr. David, Sollmann, Dr. Herz, Dr. Moses, Frau Zuchacz und Wilhelm Heile. Zum Vorsitzenden der Tagung wurde Senatspräsident Doumer gewählt. Er erinnerte daran, daß es die Aufgabe der in Paris gegründeten Union sei, neben dem Völkerbund mit größerer Freiheit und mit einer weniger schweren Verantwortlichkeit die ersten Probleme, die eine Lösung forderten, zu prüfen. Hierauf ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort, um im Namen der französischen Regierung die Kongreßteilnehmer zu begrüßen.

Die Lehre des Krieges, sagte er, sei die, daß man in noch stärkerem Maße jedes Wort unterstützen müsse, das der Annäherung diene. Das Vorhandensein unabhängiger Nationen, die einander naheferteten und sich nicht mehr feindlich gegenüberständen, sei eine der unerlässlichen Bürgschaften für den Fortschritt der Zivilisation. Trotz des Völkerbundes sei die Interparlamentarische Union nicht überflüssig, weil sie, auf demokratischer Grundlage gegliedert, die Vertreter der öffentlichen Meinung jedes Landes in sich schliesse, die freier und ungebundener als die Vertreter der Regierungen über die wichtigsten Fragen zur Sicherung der Solidarität der Völker beraten und dazu beitragen können. Folieren könne sich kein Volk, weder wirtschaftlich noch politisch noch moralisch. Aufgabe der Interparlamentarischen Union müsse es sein, so sehr wie möglich das zu beseitigen, was die Nationen entzweit, und das zu festigen, was sie einander näherbringt.

Löbe über die Rheinlandbefragung.

Nachdem Poincaré, dessen Rede bei der Mehrheit der Delegierten Beifall fand, geendet hatte, begann der Kongreß die Debatte über den Jahresbericht, und das Wort nahm Reichstagspräsident Löbe.

Die Interparlamentarische Union, sagte er, sehe ihre Aufgabe besonders darin, den Gedanken der internationalen Schiedsgerichte immer mehr in die Praxis umzusetzen. Leider seien aber die großen Hoffnungen, die in den letzten beiden Jahren besonders die deutsche Öffentlichkeit besetzt hätten, nicht ganz erfüllt worden. Ein gewisser Stillstand in der Annäherungspolitik sei eingetreten, aber es gelte endlich, von Worten zu Taten überzugehen. Da der Kongreß gerade in Paris tagte, erhebe sich die Frage, ob Frankreich nicht öffentlich erklären sollte, daß vom 1. Januar 1928 ab kein französischer Soldat mehr auf deutschem Boden stehen werde. Es widerspreche der Tatsache der deutsch-französischen Annäherung ebenso wie der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, wie endlich dem Geiste von Locarno, daß die militärische Befestigung im Rheinlande andauere.

Auch Löbes Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Es sprach dann noch ein kanadischer Delegierter im Sinne des Völkerfriedens und der Völkerverbündung.

Ein ernster Zwischenfall.

Paris, 25. August. Die Nachmittagsitzung der Interparlamentarischen Union führte zu einem ersten Zwischenfall, der als noch nicht abgeschlossen zu betrachten ist.

Reichstagspräsident Löbe hatte in der Vormittagsitzung an das französische Volk appelliert, die Rheinlande bis zum 1. Januar 1928 zu räumen. Zu Beginn der heutigen Nachmittagsitzung antwortete ihm als erster der französische Senator Hubert, der als französischer Delegierter an der Septembertagung des Völkerbundes teilnehmen wird. Hubert wies darauf hin, daß Frankreich, das immer versöhnlichen Geistes sei, Deutschland bereits in weitem Umfange entgegengelassen sei (?). Wohl sei die deutsch-französische Verständigung ein Capitel des Weltfriedens, doch sei es nicht leicht, von einem Tag auf den anderen die Folgen jahrhundertelanger Kämpfe zu verwischen.

Danach wandte sich de Jouvenel heftig gegen die Aufrollung der Frage der Schuld Frankreichs am Weltkrieg und die Reichstagsveröffentlichung über die belgische Neutralität. Derartige Untersuchungen würden nur die internationalen Beziehungen zwischen den Staaten verschlechtern. Erst eine spätere Generation würde mit der Objektivität eines Richters urteilen können.

Dann wandte er sich Löbes Ausführungen zu. Der Reichstagspräsident hätte nur, betonte er, mit einem gewissen Zögern von dem Frieden gesprochen. Das sei die Folge der Tatsache, daß in Locarno zwei verschiedene politische Situationen in Europa geschaffen worden seien: ein Westeuropa mit anerkannten Grenzen und ein Osteuropa mit nicht anerkannten Grenzen. Solange die Ostgrenzen nicht wirklich anerkannt seien, müsse Frankreich im Rheinlande bleiben. Ein neuer Antriebsfaktor in der europäischen Politik sei auch der gleichzeitig mit Deutschlands Völkerbundeintritt zustandegekommene deutsch-russische Vertrag geworden. Wenn Löbe die Rheinlandräumung zum 1. Januar 1928 fordere, so müsse ihm geantwortet werden, daß die Befestigung der Rheinlande die einzige Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa darstelle (?). Was würde von der deutsch-französischen Freundschaft übrig bleiben, wenn die Franzosen das Rheinland räumen würden, im Laufe von zwei oder drei Jahren die Daweszahlungen nicht innegehalten werden und die Franzosen ihren neuen deutschen Freund im Kampf mit ihren früheren Verbündeten erblicken müßten (!). (De Jouvenel meint augenscheinlich Polen!) Seit langem Verfeindete dürften nur langsam die Bande der Freundschaft knüpfen. Frankreich wünsche den Frieden, aber es wolle nicht seinen Frieden von dem Frieden der anderen trennen. Frankreich wünsche ein Europa, einen gemeinsamen Frieden. De Jouvenel schloß mit den Worten, daß auch er für die Räumung des Rheinlandes sei, wenn auch unter der Voraussetzung, daß vorher erst ein Ost-Locarno geschaffen werden würde.

Seine Ausführungen, die von Beifallsstürmen auf den Bänken der Polen unterbrochen wurden, wurden von den deutschen Parlamentariern mit lebhaftem „höri, höri“ und mit den Worten „unerhört“ begleitet.

Nach de Jouvenel betrat der deutsche Senator Heller aus der Tschechoslowakei die Tribüne und erklärte, es sei für jeden Deutschen schmerzhaft gewesen, die Äußerungen de Jouvenels anzuhören, die sicherlich nicht der Gemeinschaftsarbeit in der Interparlamentarischen Union nützlich sein werden. Morgen wird ein deutsches Delegationsmitglied de Jouvenel antworten.

Die deutschen Parlamentarier zur Jouvenel-Rede.

Paris, 25. August. Wie die Telegraphen-Union erfährt, betrachten die deutschen Parlamentarier die Ausführungen de Jouvenels als einen schweren Schlag gegen die von Briand verfolgte Verständigungspolitik. Die deutschen Parlamentarier werden in ihrer Antwortnote zum Ausdruck bringen, daß die Stresemann-Briandische Verständigungspolitik auf wesentlich anderer Grundlage aufgebaut ist, als die Ausführungen de Jouvenels, die man in französischen politischen Kreisen auf die Vermutung zurückführe, daß Poincaré gern de Jouvenel als Nachfolger Briands in seinem Kabinett sähe.